

*Sonderforum*

*Das Patentrecht auf dem Weg nach Europa*

# **Das neue EU Patent und das gemeinsame Patentgericht**

**Dr. Peter Guntz**

Vorsitzender Richter am Landgericht a.D.

Mitglied der Beschwerdekammern des EPA

[guntz@gmx.net](mailto:guntz@gmx.net)

# Überblick

- Das EU Patentpaket
  - Das Patent mit einheitlicher Wirkung
  - Das einheitliche Patentgericht
  - Mögliche Riffs auf dem Weg
- Der Weg zur Umsetzung
  - Die Konstrukteure
  - Aufgaben
  - Zeitplan
  - Dokumentation

# Hinweis

Der nachfolgende Vortrag gibt keine offiziellen Positionen des Europäischen Patentamts wieder

# **Das EU Patentpaket**

# Die Regelungen

- Der Neunte Teil des EPÜ (Art. 142-149)
  - > Regelungen, falls Gruppe von Mitgliedsstaaten vereinbart, dass europäische Patente (*nur!*) mit einheitlicher Wirkung für diese Staaten erteilt werden können
- Die Einheitspatentverordnung
  - EU Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates Nr. 1257/2012 vom 17.12.2012 im Wege der verstärkten Zusammenarbeit (25 EU-Staaten, nicht IT und ES)
    - > Verständigung auf die Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes
- Die Sprachenverordnung
  - EU Verordnung des Rates Nr. 1260/2012 vom 17.12.2012 (25 Staaten, nicht IT und ES)
    - > Übersetzungserfordernisse für das "Patent mit einheitlicher Wirkung"
- Das Übereinkommen über ein einheitliches Patentgericht
  - Internationales Abkommen, unterzeichnet am 19.02.2013
    - > Schaffung einer gemeinsamen Gerichtsbarkeit
    - > Rechtsprechung über Bündelpatente und Patente mit einheitlicher Wirkung

# Inkrafttreten

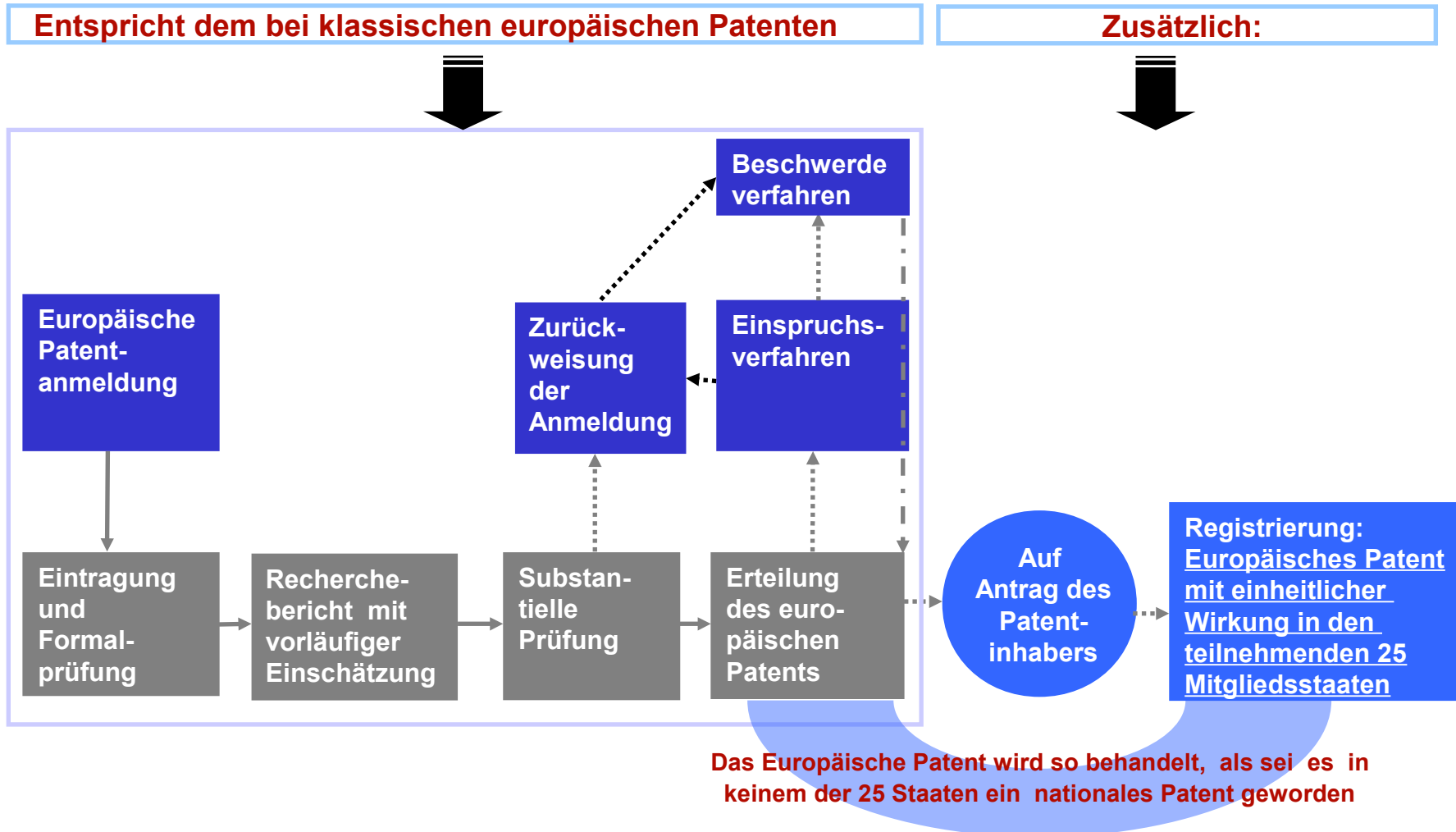
- Beide Verordnungen treten erst vier Monate nach Inkrafttreten des Einheitsgerichtsabkommens in Kraft
- Abkommen von bislang 25 Staaten gezeichnet
  - EU-Mitgliedsstaaten außer ES und PL, aber IT
- Ratifikation des Abkommens nun erforderlich
  - in mindestens 13 Staaten
  - darunter DE, UK, FR
  - Erste Ratifikation: AT (August 2013)
- 2014 nicht realistisch

# **Das Patent mit einheitlicher Wirkung**

# Grundkonzept

- Nach Erteilung kann Europäischem Patent **auf Antrag** einheitliche Wirkung für die teilnehmenden 25 Staaten verliehen werden
  - Daneben Validierung in anderen benannten Staaten weiter möglich (z.B. CH, TK, ES, IT)
  - Bündelpatent zerfällt dann in großen Brocken Einheitspatent und ggfs. weitere nationale Patente
- ⇒ Erteilung wie bisher durch das Europäische Patentamt
- ⇒ Anschließend aber einheitliches rechtliches Schicksal
- Alternativen: klassisches Bündelpatent, nationale Patente

# Erteilungsverfahren

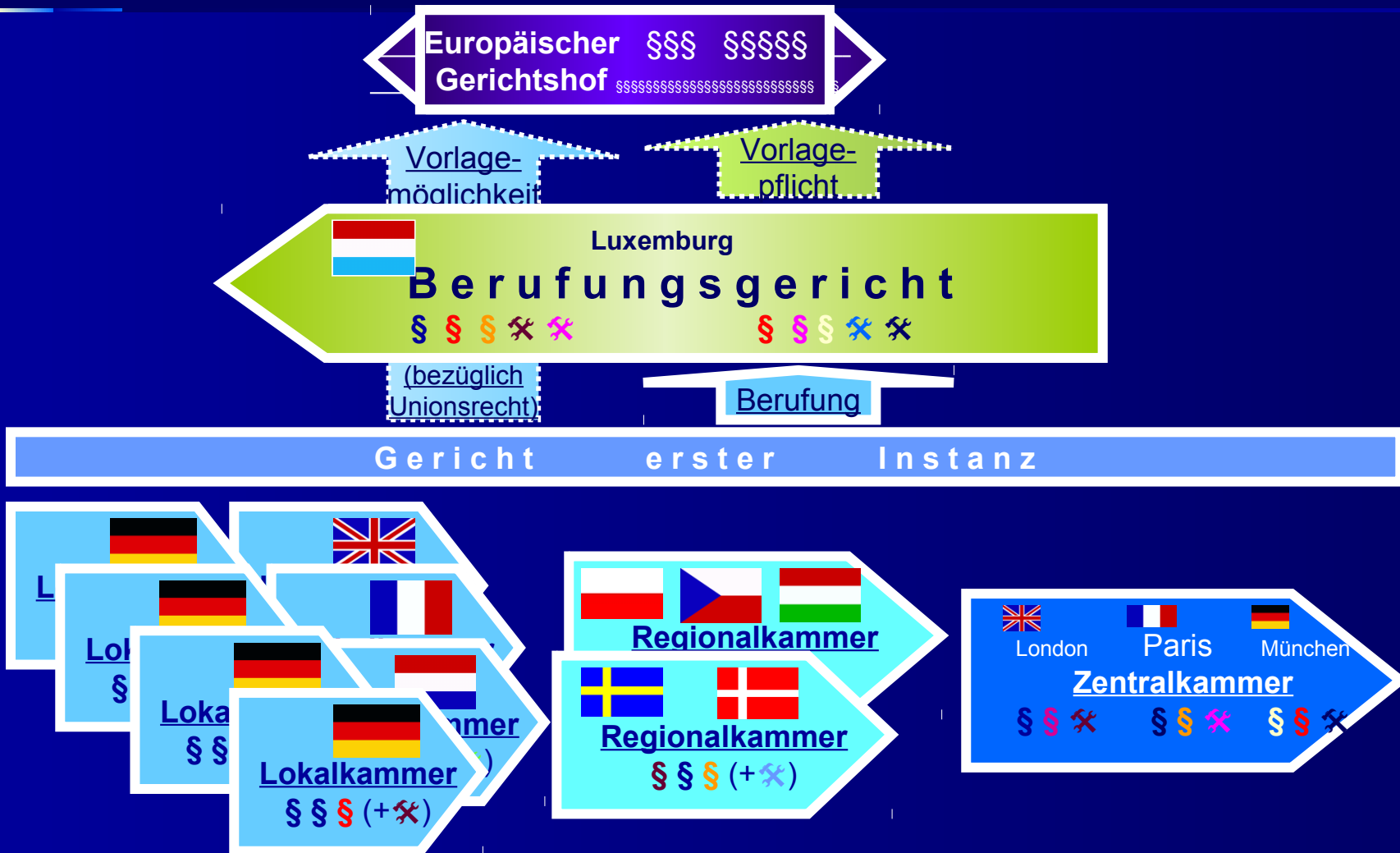


# Einheitliches Schicksal

- Von Registrierung bis zum Erlöschen
  - daher kein Erlöschen in einzelnen Ländern
  - einheitliche Jahresgebühren für Gesamtgeltungsraum
- Patent ist **ein** Rechtsgegenstand
  - Einheitliche Übertragung
  - Wird in allen MS wie nationales Patent behandelt
  - Lizenzierung aber nach Territorien möglich
  - Auch nationale Zwangslizenzen denkbar
- Einheitliche Durchsetzung vor EPG (UPC)
- Beschränkung/Nichtigerklärung nur insgesamt

# **Das Einheitspatentgericht**

# Grundstruktur



# Rechtsprechungsgewalt

- Rechtsprechung über
  - Das neue Einheitspatent (EP)
  - Europäische Bündelpatente (EBP)
  - Ergänzende Schutzzertifikate (ESZ)
    - > Bei EBP und ESZ noch 7 Jahre opt-out möglich
- Betreffend fast alle Streitigkeiten nach der Erteilung
  - Verletzung / Feststellung der Nichtverletzung / Schadenersatz etc.
  - Einstweilige Maßnahmen und Verfügungen
  - Nichtigerklärung / Widerklage auf Nichtigerklärung
  - Klagen i. Z. mit der Registrierung der einheitlichen Wirkung (nur bei EP)
  - nicht: Vindikation, Vertragsstreitigkeiten etc.
- Wirkung im Hoheitsgebiet aller Vertragsmitgliedsstaaten (VMS)
  - soweit Patent/ESZ dort in Kraft steht

# Verfahren

- Kompletter Vortrag muss bereits in Klage bzw. Erwiderung erfolgen
  - Danach noch Replik und Duplik
  - Zwischenverfahren beim Berichterstatter (nicht notwendig mündlich)
- Dann umfassender mündlicher Haupttermin mit anschließendem Urteil
- Bei Nichtigkeitseinwand: Trennungs- und Einheitsprinzip möglich
  - Lokal- und Regionalkammern können Nichtigkeitswiderklage mit verhandeln
  - Oder an Zentralkammer abgegeben und nur Verletzung entscheiden
  - Oder an Zentralkammer abgegeben und Verletzungsstreit aussetzen
- später Festsetzung der Kosten (und ggfs. der Schadenersatzhöhe)
- Berufung/Beschwerde (appeal)
  - gegen verfahrensbeendende Entscheidungen
  - gegen einstweilige Verfügungen, Vorlage-, und Auskunftsanordnungen etc.
  - gegen das Verfahren betreffende Beschlüsse/Verfügungen
    - zusammen mit der Endentscheidung
    - oder nach Zulassung durch „das Gericht“ (Art. 73(2) b ii) -> auch Nichtzulassungsbeschwerde?

# Besetzung

- Besetzung jeweils multinational
  - Lokalkammern und Regionalkammern: § § § (+ 1 ✕ bei Bedarf)
    - Kleine Lokalkammern: Ein Richter aus Sitzland, zwei aus Pool aller Richter
    - Große Lokalkammern: zwei Richter aus Sitzland, fester Dritter (mit Kenntnis der Sitzsprache)
    - Regionalkammern: zwei Richter aus der Region, dritter aus Pool
  - Zentralkammer: § § ✕ (bei Streit betreffend Registrierung: § § §)
  - Berufungskammer: § § § ✕ ✕
- Ernennung
  - Durch Verwaltungsausschuss (je ein Vertreter pro VMS)
  - Kriterien: höchster Sachverstand und ausgewogene (v.a. geografische) Verteilung
  - Vorauswahl der geeignetsten Bewerber durch beratenden Ausschuss (Praktiker)
  - Liste soll mindestens zweimal die Zahl der offenen Stellen füllen
- Anfangs nur bei größten LK und bei ZK Vollzeitrichter, sonst Teilzeit:
  - Dann daneben Tätigkeit als nationaler Richter möglich (Doppelhut)
  - Bei Technischen Richtern auch sonstige (Beschwerdekammermitglied, Prüfer, Patentanwalt?)
- Vorsitz in der Kammer nach Seniorität
- Präsidenten werden jeweils von allen Richtern gewählt (für 3 Jahre)

# Zuständigkeit

- Für Verletzungsstreit zuständig:
  - Kammer am Ort der Verletzung oder
  - Kammer am Sitz des Beklagten
  - Zentralkammer, falls im dortigen VMS keine LK/RK
  - Nur von Regionalkammer: Auf Beklagtenantrag Verweis an ZK, wenn Gebiet von 3 RK betroffen
- Für Klagen auf Nichtigerklärung:
  - Zentralkammer
  - Bei baldiger Verletzungsklage:  
Ggfs. Übernahme durch Verletzungskammer

# Verfahrenssprache

- Vor der Lokal- bzw. Regionalkammer:
  - Sprache des Sitzstaates / von VMS der Region bestimmte Sprache
  - Daneben kann DE, EN oder FR als Alternative angeboten werden
  - VerfO-E: Dann übliche Geschäftssprache des Beklagten zu wählen ?
  - Sprache des Patents, wenn
    - Vereinbarung der Parteien und Billigung der Kammer (sonst Verweisg. an ZK)
    - Kammer mit Zustimmung der Parteien entscheidet
    - Präsident aus Fairness entscheidet (auf Antr. einer Partei, Gegner anzuhören)
- Vor der Zentralkammer:
  - Sprache des Patents
- Vor der Berufungskammer:
  - Sprache wie in erster Instanz
  - Sprache des Patents, wenn von Parteien vereinbart
  - Andere Amtssprache, wenn von BG mit Zustimmung der Parteien bestimmt

# Anwendbares Recht

- Unionsrecht, z.B.
  - Biotechnologierichtlinie
  - Durchsetzungsrichtlinie
- Übereinkommen über einheitliches Patentgericht
  - enthält materielles Patentrecht
  - enthält Verfahrensregelungen
- EPÜ
- andere internationale Übereinkünfte
- nationales Recht

# Mögliche Riffs

# Risiken für das Inkrafttreten

- Nicht ausreichende Zahl von Ratifikationen
  - Derzeit nicht zu erwarten
  - 13. Urkunde aber nicht vor 2015
- Verzögerungen bei der Änderung der VO 2015/2012
- Klagen vor dem EuGH
  - Auf Untersagung der verstärkten Zusammenarbeit
    - Von ES und IT eingereicht (C-274/11 und C-295/11)
    - Am 16.04.2013 abgewiesen
  - Auf Nichtigkeitklärung der beiden Verordnungen
    - Nur noch von ES eingereicht (C-146/13 und C-147/13)
    - Entscheidung steht noch aus

# Voraussetzungen für Gelingen: Nutzervertrauen

- Renommee der Richter
  - Ausreichende Bewerbungen
  - Besetzung nach Fähigkeit
- Effiziente Verfahrensführung
  - Akzeptable Gesamtdauer
  - Gutes Zusammenwirken mit Zentralkammer
- Überzeugende Entscheidungen
  - Schlüssige Begründung
  - Vorhersehbarkeit
- Kosten im Rahmen

# **Der Weg zur Umsetzung**


# **Der Produktionsplan**

# Der Produktionsplan


- Produktionsteams
- Aufgaben
- Zeitplan
- Dokumentation

# Die Produktionsteams

- Auf internationaler Ebene

- Engerer Ausschuss (Select Committee)
- Vorbereitungskomitee (Preparatory Committee)
- Beratungsgremium (Advisory Panel)
- Europäische Kommission
- Nationale Parlamente
- Die interessierten Kreise 

- In Deutschland

- Die Bundesregierung
- Der Bundesrat
- Der Bundestag
- Die beteiligten Kreise 

# **Aufgaben, Zeitplan**

# **Engererer Ausschuss**

## **Select Committee**

# Der engere Ausschuss

- Angesiedelt beim EPA (9. Teil des EPÜ)
- Aufgaben:
  - Koordinierung der Tätigkeit des Amtes im Hinblick auf Patente mit einheitlicher Wirkung
  - Festlegung der Jahresgebühren
- Teilnehmer
  - Je ein Vertreter der Mitgliedstaaten der engeren Zusammenarbeit, DE: Johannes Karcher, Vorsitz: Paul van Beukering (NE)
  - Präsident des EPA, Personalvertretung, Rechnungsprüfer
  - Beobachterstatus: epi, BUSINESSEUROPE, Europ. Kommission
- Bisher (4 Treffen, zuletzt 18.9.13) beschlossen:
  - Geschäftsordnung (SC/C 3/13)
  - Arbeitsprogramm
  - Zeitplan (SC/8/13)
  - Kommunikationspolitik (SC/C 6/13)

# Zeitplan engerer Ausschuss

- Anvisierter Stapellauf: Anfang 2015
- Durchführungsverordnung/Modalitäten für Überwachung
  - Juni 2013            Vorstellung
  - Oktober 2013        Diskussion
  - Dezember 2013     Verabschiedung (wenn möglich)
- Jahresgebühren
  - September 2013    Workshop; Vorstellung Datengrundlage
  - Oktober 2013        Vorstellung verschiedener Szenarien
  - Dezember 2013     Fortsetzung Diskussion
  - März 2014            Fertigstellung Entwurf
  - April 2014            Genehmigung

# Vorgaben zur Höhe der Jahresgebühren (zum Nachlesen)

## Artikel 12

### Höhe der Jahresgebühren

(1) Die Jahresgebühren für Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung

- a) sind über die gesamte Laufzeit des Patents hinweg **progressiv** gestaltet,
- b) sind ausreichend, um sämtliche **Kosten** für die Erteilung und Verwaltung des einheitlichen Patentschutzes **abzudecken**, und
- c) sind ausreichend, damit sie zusammen mit den an die Europäische Patentorganisation in der Antragsphase zu entrichtenden Gebühren einen **ausgeglichene[n] Haushalt der Organisation sicherstellen**.

(2) Die Höhe der Jahresgebühren ist unter anderem unter Berücksichtigung der Situation bestimmter Einheiten wie **kleiner und mittlerer Unternehmen im Hinblick auf folgende Ziele** festzulegen:

- a) Erleichterung von Innovationen und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen,
- b) Orientierung an der Größe des durch das Patent abgedeckten Marktes, und
- c) Anlehnung an die Höhe der nationalen Jahresgebühren für ein durchschnittliches Europäisches Patent, das in den teilnehmenden Mitgliedstaaten zu dem Zeitpunkt wirksam wird, zu dem die Höhe der Jahresgebühren erstmals festgelegt wird.

(3) Zur Erreichung der in diesem Kapitel festgelegten Ziele wird die Höhe der Jahresgebühren so festgesetzt, dass:

- a) sie der **Höhe der Jahresgebühren** entspricht, die für die **durchschnittliche geografische Abdeckung** der üblichen Europäischen Patente zu entrichten sind,
- b) sie die **Verlängerungsrate gegenwärtiger Europäischer Patente** widerspiegelt und
- c) die **Zahl der Anträge auf einheitliche Wirkung** widerspiegelt.

# Vorgaben für den Verteilungsschlüssel (zum Nachlesen)

## Artikel 13

### Verteilung

(1) Das EPA behält 50 % der in Artikel 11 genannten Jahresgebühren ein, die für Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung entrichtet werden. Der Restbetrag wird entsprechend der nach Maßgabe des Artikels 9 Absatz 2 festgelegten Verteilung der Anteile der Jahresgebühren auf die teilnehmenden Mitgliedstaaten aufgeteilt.

(2) Zur Erreichung der in diesem Kapitel festgelegten Ziele basiert der auf die teilnehmenden Mitgliedstaaten entfallende Anteil der Jahresgebühren auf den folgenden fairen, ausgewogenen und maßgeblichen Kriterien:

- a) der **Anzahl der Patentanmeldungen**,
- b) der **Größe des Marktes**, wobei gewährleistet wird, dass jeder teilnehmende Mitgliedstaat einen **Mindestbetrag** erhält,
- c) **Ausgleichsleistungen** an die teilnehmenden Mitgliedstaaten, die
  - i) eine **andere Amtssprache** als eine der Amtssprachen des EPA haben,
  - ii) deren Umfang an **Patentaktivität unverhältnismäßig gering** ist und/oder
  - iii) die **erst jüngst** der Europäischen Patentorganisation **beigetreten** sind.

# **Vorbereitungskomitee**

## **Preparatory Committee**

# Das Vorbereitungskomitee

- Aufgabe: Vorbereitung des Einheitspatentgerichts
  - Ziel: Einsatzbereitschaft am ersten Tag des Inkrafttretens
  - Szenario: Anfang 2015
- Zusammensetzung: Je ein Vertreter der (künftigen) Vertragsmitgliedsstaaten
  - Deutschland: Johannes Karcher
  - Vorsitz: Jérôme Debrulle (BE)
- Bislang geschaffen:
  - Organisationsregeln
  - Arbeitsplan ("roadmap")
  - Kommunikationsplan (-> Verpflichtung zur Transparenz)

# Aufgabenverteilung im Vorbereitungskomitee

## Einrichtung von Projektteams

- Rechtsrahmen (DE, Johannes Karcher)
- Finanzen (FR, Jean Francois Magana)
- IT (UK, Neil Feinson)
- Einrichtungen (LUX, Anne Goedert)
- Personal und Training (HU, Olivér Várhelyi)

# Rechtsrahmen

Zu schaffen sind:

Verfahrensordnung

Kanzleiregeln

Gebührenordnung

Regeln für  
Prozesskostenhilfe

Regeln für

Regeln für  
Kostenerstattung

Schieds- und  
Mediationsregeln

Verwaltungsausschuss

Haushaltsausschuss

Zulassungsregeln  
für Patentanwälte

beratenden Ausschuss

# Zeitplan Rechtsrahmen

## Verfahrensordnung

|                  |             |  |
|------------------|-------------|--|
| Juni 2013        | <b>GRUR</b> | 15. Entwurf der Expertengruppe         |
| Juni-Oktober     |             | Konsultation der interessierten Kreise |
| Oktober-November |             | Evaluierung der Vorschläge             |
| Dezember         |             | Vorschlag der Expertengruppe           |
| Januar-Februar   | <b>GRUR</b> | Evaluierung durch Projektgruppe        |
| Februar          |             | Anhörung der Nutzerorganisationen      |
| März-Mai         |             | Überarbeitung durch Projektgruppe      |
| Juni-Juli 2014   |             | Annahme durch Vorbereitungskomitee     |

# Zeitplan Rechtsrahmen

Regeln für  
Prozesskostenhilfe

Schieds- und  
Mediationsregeln

Kanzleiregeln

Regeln für

Verwaltungsausschuss

Haushaltsausschuss

beratenden Ausschuss

Gebührenordnung

Regeln für  
Kostenerstattung

Erste Entwürfe  
Oktober 2013

Zulassungsregeln für Patentanwälte

Erster Entwurf  
Dezember 2013

Rechtsgruppe: Gebührenstaffel und Regelungen  
Für Höhe federführend: Finanzgruppe  
Erste Vorschläge im Oktober 2013

# Finanzen

- Finanzregeln
  - Einrichtung des Haushalts
  - Interne Kontrolle
- Gehälter, Pensionen, soziale Sicherheit
- Haushaltsberechnung, Kostenneutralität
  - Zu erwartende Kosten
  - Kostenlast der einzelnen Teilnehmerstaaten
  
- Berechnung der erforderlichen Gerichtsgebühren
- Haushalt für das erste Jahr

abgestimmte  
Entwürfe  
bis Dezember  
2013

erste Entwürfe  
Dezember 2013  
Haushalt 1. Jahr  
bis Mai 2014

# IT-System

- Definition der Systemanforderungen
- Ausschreibung und Vergabe
- Systementwicklung und -test  
ggfs. in zwei Phasen:
  - Schlüsselfunktionen
  - Weitere Funktionalitäten

September 2013

September 2013  
bis März 2014

Abschluss erstes  
Quartal 2015

# Einrichtungen

- Erhebung des voraussichtlichen Bedarfs an
  - Räumen
  - IT-Infrastruktur
  - Verwaltungsangestellten
  - > Nach Möglichkeit anfangs flexible Lösungen
- Bedarf von und Anforderungen an lokale Mitarbeiter ermitteln
- Sitzstaatenabkommen
  - Notwendigkeit eruieren
  - ggfs. ausarbeiten

Dezember 2013

Februar 2014

# Personal und Training

- Fortbildung
  - Plan für Einrichtung eines dauerhaften Rahmens
  - Schon jetzt Fortbildung der ersten Richterandidaten
    - Intensivkurse, Prozessspiele
    - Praktika an Gerichten mit hohem Aufkommen an Patentstreitigkeiten
- Vorbereitung Rekrutierung
  - siehe Beratungsgremium
- Erstellung von Listen potentieller
  - Schiedsrichter
  - Mediatoren
  - Sachverständiger
- Registrierung der Patentanwälte, die sich als Vertreter qualifiziert haben

Start:  
November 2013

ab Oktober 2013

Start:  
Herbst 2013

wenn Rechtsrahmen

# **Beratungsgremium**

## **Advisory Panel**

# Advisory Panel

- **Zusammensetzung:**
  - Ist noch im Aufbau (am 16.9.2013 im Vorbereitungskomitee beschlossen)
  - Wird aus 5-7 Experten verschiedener Nationen bestehen
- **Aufgabe:**
  - Rekrutierung vorbereiten bis Beratender Ausschuss gebildet (nach Inkrafttreten)
  - Einschätzung der grundsätzlichen Eignung potentieller Richter
  - Identifizierung des Fortbildungsbedarfs einzelner Kandidaten
- **Verfahren:**
  - "Call for Interest" wird auf Website des EPG veröffentlicht
  - Online-Bewerbungen bis 15.11.2013 möglich
    - Angabe von Kenntnissen und Vorerfahrungen
    - Vertrauliche Behandlung der Daten
  - Vorauswahl erleichtert Rekrutierung, ist aber kein "closed shop"














































































**Kommission**

# Anpassung VO 1215/2012

- VO betrifft:
  - Internationale Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen
  - Vorgänger: "Brüssel-I-Verordnung" 44/2001
- Anpassung erforderlich
  - Koordinierung mit EPG-Übereinkommen
  - ebenso mit Benelux-Gerichtshof-Abkommen
  - Klärung der gerichtlichen Zuständigkeit, wenn Beklagter außerhalb der EU ansässig (-> Verweis auf nationales Recht)
- 26.07.2013 Vorschlag der Kommission für Änderung veröffentlicht
  - Klarstellung, dass EPG und Benelux-Gerichtshof Gerichte i.S.d. VO sind
  - Schaffung von Zuständigkeitsregelungen für Beklagte im EU-Ausland
  - Anpassung Rechtshängigkeitsregelungen zwischen EPG und Gerichten von Nicht-VMS
  - Anerkennungs- und Vollstreckungsregeln zwischen VMS und nicht-VMS i.H. auf Entscheidungen des EPG
- Parlament und Rat müssen zustimmen
  - > ordentliches Gesetzgebungsverfahren

# **Die Nationalstaaten**

# Die Nationalstaaten

| Mitgliedstaat  | Teilnahme an der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes | Unterzeichnung des Übereinkommens über ein einheitliches Patentgericht  | Ratifikation des Übereinkommens über ein einheitliches Patentgericht   |
|--|---|---|--|
|  Österreich               |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  <a href="#">07/08/2013</a>  |
|  Belgien                  |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Bulgarien                |                        |  05.03.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Kroatien                 |   |   |  |
|  Tschechische Republik    |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Zypern                   |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Deutschland              |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Dänemark                 |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Estland                  |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Griechenland             |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Finnland                 |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Frankreich               |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Ungarn                   |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Irland                   |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Italien                  |   |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Lettland                 |                        |  19.02.2013 <sup>1</sup>   |  |
|  Litauen                 |                       |  19.02.2013 <sup>1</sup>  |  |
|  Luxemburg              |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Malta                  |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Niederlande            |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Polen                  |                      |   |  |
|  Portugal               |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Rumänien               |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Slowakei               |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Slowenien              |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Spanien                |   |   |  |
|  Schweden               |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |
|  Vereinigtes Königreich |                      |  19.02.2013 <sup>1</sup> |  |

# **Deutsche Institutionen**

# Deutsche Institutionen

- Bundesregierung: BM der Justiz
  - vertritt DE in den internationalen Gremien
  - bereitet Ratifikationsgesetz vor
- Bundesrat
  - Entschließungsantrag von Schleswig-Holstein
    - Festlegung der vier deutschen Standorte auf D, MA, M und HH
    - wurde von Rechtsausschuss befürwortet, keine Empfehlung von Kulturausschuss (Leipzig?)
    - am 20.09.2013 Befassung des Plenums vorgesehen
- neuer Bundestag
  - muss Ratifikationsgesetz beschließen
- Beteiligte Kreise
  - RAK, PAK, **GRUR** etc. beteiligen sich an Konsultationen

# **Dokumentation**

# Wichtige Dokumente

- **Betreffend den engeren Ausschuss:**  
[http://www.epo.org/about-us/organisation/select-committee/documentation\\_de.html](http://www.epo.org/about-us/organisation/select-committee/documentation_de.html)
- **Betreffend das Vorbereitungs-komitee:**  
<http://unified-patent-court.org/>
- **Betreffend die Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1215/2012**  
<http://new.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52013PC0554&from=DE>
- **Betreffend den Stand der Ratifikationen**  
[http://ec.europa.eu/internal\\_market/indprop/patent/ratification/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/patent/ratification/index_de.htm)
- **Betreffend die Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein**  
[http://www.bundesrat.de/cln\\_350/SharedDocs/Drucksachen/2013/0301-400/310-13,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/310-13.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_350/SharedDocs/Drucksachen/2013/0301-400/310-13,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/310-13.pdf)  
[http://www.bundesrat.de/cln\\_320/SharedDocs/Drucksachen/2013/0301-400/310-1-13,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/310-1-13.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_320/SharedDocs/Drucksachen/2013/0301-400/310-1-13,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/310-1-13.pdf)
- **Allgemeine Information des Europäischen Patentamts**  
[http://www.epo.org/news-issues/issues/unitary-patent\\_de.html](http://www.epo.org/news-issues/issues/unitary-patent_de.html)

# Weitere Fragen?

<http://www.unified-patent-court.org/>  
[http://www.epo.org/law-practice/unitary\\_de.html](http://www.epo.org/law-practice/unitary_de.html)

[guntz@gmx.net](mailto:guntz@gmx.net)  
[pguntz@epo.org](mailto:pguntz@epo.org)

# **Einzelheiten zum Patent mit einheitlicher Wirkung (zum Nachlesen)**

# Einzelheiten

- Neue Aufgaben des Europäischen Patentamts
- Registrierungsprozess
- Übersetzungserfordernis
- Jahresgebühren
- Einheitliche Wirkung
- Alternativen

# **Übertragene Aufgaben**

# Neue Aufgaben des EPA

Mitgliedstaaten beauftragen das EPA nach Art. 143 mit:

- Führung eines „Registers für den einheitlichen Patentschutz“
  - Prüfung der Anträge auf einheitliche Wirkung
  - Registrierung der einheitlichen Wirkung
  - Registrierung der Lizenzbereitschaft
- Überwachung des Übersetzungserfordernis
  - Veröffentlichung der (vorerst noch nötigen) Übersetzung
  - Verwaltung des Kompensationsmechanismus
- Verwaltung von Jahresgebühren
  - Überwachung der Zahlung
  - Verteilung zwischen Amt und Mitgliedsstaaten

# Registrierungsprozess

# Registrierung der einheitlichen Wirkung

- Auf Antrag des Patentinhabers
  - Frist: 1 Monat ab Veröffentlichung im Bulletin
  - Form: Schriftlich, in Verfahrenssprache 14 (3) EPÜ
- Voraussetzung: Das Patent
  - wurde am Tag des Inkrafttretens der Verordnungen oder danach erteilt
  - ist für alle teilnehmenden Vertragsstaaten erteilt
  - hat für alle VS dieselbe Anspruchsfassung
- Einzelheiten wird der engere Ausschuss regeln
- Rechtsschutz vor einheitlichem Gericht

# Übersetzungen

# Übersetzung des Patents

- Auf Dauer *keine* Übersetzung mehr erforderlich
  - Maschinenübersetzungen sollen zur allg. Information genügen
  - Erst im Verletzungsrechtsstreit ist Übersetzung bereit zu stellen
- Während Übergangszeit noch *eine* Übersetzung erforderlich
  - Bei deutschen und französischen Patenten: in englisch
  - Bei englischen Patenten: in eine der 23 EU-Amtssprachen
  - Ist zusammen mit Antrag auf einheitliche Wirkung einzureichen
- Dauer der Übergangszeit (maximal 12 Jahre)
  - Bis Maschinenübersetzungen ausreichend gut funktionieren
  - Regelmäßige Evaluation (erstmalig nach 6, dann alle 2 Jahre)
- Kostenerstattung für KMU, nat. Personen, Hochschulen, non-profit-O.
  - wenn Patente in anderer Amtssprache eingereicht werden als DE, FR, EN
  - Übersetzungskosten können bis zu einem Deckelbetrag erstattet werden

<http://www.epo.org/about-us/annual-reports-statistics/annual-report/2012/highlights/patenttranslate.html>

# **Jahresgebühren**

# Gebühren

- Gebühren bis zur Erteilung wie bisher

Danach:

- Keine Jahresgebühren mehr an einzelne Mitgliedsstaaten
- Einheitliche Jahresgebühren
  - Zu zahlen an das Europäische Patentamt
  - Daraus Deckung der Verwaltungskosten
  - Aufteilung 50/50 zwischen Amt und Mitgliedsstaaten
- Höhe der Gebühren setzt engerer Ausschuss fest
  - Ebenso Schlüssel der Verteilung des 50 %-Anteils der MS
  - Kriterien dafür jeweils in der Verordnung

# **Die einheitliche Wirkung**

# Einheitliche Wirkung

- Das europäische Patent wird so behandelt, als sei es in keinem der 25 Staaten ein nationales Patent geworden
  - Ist im nationalen Recht entsprechend umzusetzen (-> IntPatÜG)
  - Soll Doppelschutz vermeiden
- Die einheitliche Wirkung tritt mit Registrierung ein
  - Dauert an bis zum Erlöschen des Patents
  - Daher kein Erlöschen nur in einzelnen Staaten
- Sie folgt akzessorisch dem Schicksal des zugrunde liegenden europäischen Patents
  - Vernichtung/Beschränkung z.B. im Einspruchsverfahren möglich
- Das Patent bildet einen einheitlichen Rechtsgegenstand
- Durchsetzung einheitlich, ebenso ggfs. Nichtigerklärung

# Einheitspatent als Vermögensrecht

- Wird in allen MS wie nationales Patent behandelt
- Nur einheitliche Veräußerung möglich
- Anwendbares Recht wird bestimmt durch
  - Wohnsitz des Patentinhabers, hilfsweise
  - Niederlassung des Patentinhabers, hilfsweise
  - Sitz der EPO (München) -> deutsches Recht
- Bei mehreren Patentinhabern
  - Reihenfolge der Nennung entscheidet
  - Wohnsitz geht vor Niederlassung

# Durchsetzung des Einheitspatents

- Einheitspatent genießt in allen MS gleichen Schutz
- Wird durch einheitliches Patentgericht gewährleistet
- Schutzzumfang wie im anwendbaren nationalen Recht
- Gleiches gilt für gesetzliche Beschränkungen
- Erschöpfungsdoktrin ist anwendbar
- Auch freiwillige Beschränkung nur einheitlich für alle MS
- Ebenso Nichtigerklärung durch einheitl. Patentgericht

# Lizenzierung

- Einheitspatent kann wie nationales Patent lizenziert werden
- Lizenzierung möglich
  - für gesamtes Gebiet oder
  - für einzelne Territorien
- Zwangslizenzen
  - nach jeweiligem nationalen Recht möglich
- Lizenzbereitschaft gegenüber jedermann
  - kann erklärt und in Register eingetragen werden
  - führt zu Absenkung der Jahresgebühren

# Alternativen

# Das Schutzrepertoire

- Anmeldung bei den nationalen Ämtern zum Erhalt von
  - nationalen Patenten
  - Gebrauchsmustern (soweit vorgesehen)
- Europäische oder PCT-Anmeldung zur Erzielung
  - eines klassischen Bündelpatents
    - Darin ggfs. nur einzelne der teilnehmenden MS benannt
  - eines Patents mit einheitlicher Wirkung
    - Benennung aller teilnehmenden MS
  - eines Bündels aus Einheits- und weiteren Patenten
    - Benennung aller teilnehmenden MS und weiterer Staaten